

Niederschrift



Sitzung des **Rates** der Stadt Bornheim am Donnerstag, **17.08.2023**, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	065/2023
Rat Nr.	5/2023

Anwesende

Bürgermeister

Becker, Christoph

Bürgermeister

Mitglieder

Aharchi, Loubna

SPD-Fraktion

Böhme, Maria, Dr.

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Engels, Günter

CDU-Fraktion

Engels, Hans Günther

CDU-Fraktion

Feldenkirchen, Hans Gerd

UWG/Forum-Fraktion

Freynick, Jörn

FDP-Fraktion

Gordon, Christina

SPD-Fraktion

Görg-Mager, Tina

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Großmann, Stefan

CDU-Fraktion

Hanft, Wilfried

SPD-Fraktion

Hochgartz, Markus

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Jahn, Gabriele, Dr.

Bündnis 90/ Grüne-Fraktion

Jaritz, Karin

SPD-Fraktion

Kabon, Matthias

FDP-Fraktion

Knapstein, Günter

CDU-Fraktion

Koch, Maria - Charlotte

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

König, Dirk

UWG/Forum-Fraktion

Kretschmer, Gabriele

CDU-Fraktion

Krüger, Frank W.

SPD-Fraktion

Krüger, Ute

SPD-Fraktion

Lamprichs, Holger

CDU-Fraktion

Lehmann, Michael

Fraktionslos

Mandt, Christian

CDU-Fraktion

Marx, Bernd

CDU-Fraktion

Montenarh, Stefan

UWG/Forum-Fraktion

Peters, Anna

SPD-Fraktion

Preiß, Helmut, Dr.

CDU-Fraktion

Prinz, Rüdiger

CDU-Fraktion

Reile, Björn

ABB-Fraktion

Roitzheim, Frank

UWG/Forum-Fraktion

Rothe, Berthold

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Schmitz, Rolf

CDU-Fraktion

Schmitz, Thomas

SPD-Fraktion

Schumacher, Daniel

Fraktionslos

Söllheim, Michael

CDU-Fraktion

Taft, Linda, Dr.

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Vieritz, Joachim

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

von Canstein, Charlotte, Dr.

CDU-Fraktion

von Gliscynski, Florian

Bündnis 90/ Grüne-Fraktion

Wehrend, Lutz	CDU-Fraktion
Weiler, Marcel	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Züge, Rainer	SPD-Fraktion

Verwaltungsvertreter

Azrak, Maruan
 Löwe, Cornelia
 Lützenkirchen, Andreas
 Meskes-Außem, Marita
 Paulus, Wolfgang, Dr.
 Schier, Manfred, Erster Beigeordneter
 Westhelle, Sabine
 Wittenberg, Karin

Schriftführerin

Pieper, Alexandra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Koch, Christian	FDP-Fraktion
Kuhn, Arnd Jürgen, Dr.	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Mauel, Sascha	CDU-Fraktion
Schwarz, Wolfgang	CDU-Fraktion
Strauff, Bernhard	CDU-Fraktion
Süß, Marc	ABB-Fraktion
Tourné, Peter, Dr.	SPD-Fraktion

T a g e s o r d n u n g

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Aktuelle Stunde nach §21 GeschO des Rates der Stadt Bornheim betr. Errichtung einer neuen Sammelunterkunft auf dem Hexenweg	
4	Entgegennahme der Niederschrift Nr. 56/2023 vom 15.06.2023	
5	Neubau Heinrich-Böll-Gesamtschule - Vorstellung der Planung	454/2023-6
6	Kooperationsvereinbarung Rheingärten	448/2023-12
7	Anpassung der Finanzierung im Offenen Ganztags	432/2023-13
8	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich Rat, öffentl.)	403/2023-1
9	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	446/2023-1
10	Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.07.2023 betr. Beseitigung der Schäden des Starkregenereignisses vom 14./15.07.2021	449/2023-9
11	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Christoph Becker eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters,

1. die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt
- 3 „Aktuelle Stunde nach §21 GeschO des Rates der Stadt Bornheim betr.

Einrichtung einer neuen städtischen Sammelunterkunft“,

zu erweitern und Einwohnerfragen zu diesem Thema hier zu behandeln und

2. den neuen Tagesordnungspunkt 3 nach Tagesordnungspunkt 2, der Einwohnerfragestunde, zu behandeln,

Stimmenverhältnis:

42 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP tw., UWG; ABB, Lehmann, Schumacher, BM)
1 Stimme gegen den Beschluss (FDP tw.)

RM Freynick erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er gegen den Vorschlag des Bürgermeisters sei, da die Geschäftsordnung für ein solches Verfahren keine Grundlage bietet.

Durch diese Änderung der Tagesordnung werden die bisherigen

TOP 3 - 15 zu neuen TOP 4 - 16.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 11

	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Pieper ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

3	Aktuelle Stunde nach §21 GeschO des Rates der Stadt Bornheim betr. Errichtung einer neuen Sammelunterkunft auf dem Hexenweg	
----------	--	--

Die Verwaltung informiert zum Neubau einer städtischen Sammelunterkunft im Hexenweg in der Ortschaft Bornheim.

Aus der Bürgerschaft wird die Informationspolitik der Verwaltung kritisiert. Es werden Bedenken hinsichtlich der Nähe zur Kita und hinsichtlich der Verkehrssituation geäußert. Die Verwaltung sagt eine verbesserte Informationspolitik zu.

Herr RM Reile bezichtigt den Ersten Beigeordneten Herrn Schier der Lüge.
Der Bürgermeister ruft Herrn Reile daraufhin zur Ordnung auf.

Die Sitzung wurde nach Durchführung der Aktuellen Stunde von 19:12 Uhr bis 19:20 Uhr für eine Pause unterbrochen.

4	Entgegennahme der Niederschrift Nr. 56/2023 vom 15.06.2023	
----------	---	--

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 56 vom 15.06.2023 keine Einwände.

Die Verwaltung beantwortet die schriftlich eingereichten Fragen der UWG-Fraktion wie folgt:

1. Im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) von 2021 wurde dargelegt, dass die Stadt
- a) nur notwendige Maßnahmen umsetzen sollte,
 - b) die Funktionalität der Gebäude im Vordergrund stehen sollte und
 - c) die entstehenden Folgekosten für den städtischen Haushalt dauerhaft tragbar sein müssen
- Inwiefern wurden diese Punkte beim Neubau der HBG berücksichtigt und mit der GPA eruiert, bzw. eine Stellungnahme dazu seitens der GPA eingeholt?

Antwort Frage 1 a und b:

Die Notwendigkeit dieser Schule und die Funktionalität ist im Rahmen der Beantwortung des Schulausschusses dargelegt worden und wird unterstellt.

Antwort Frage 1 c:

Folgend aus der Pflichtausgabe zur Errichtung der Gesamtschule werden die entsprechenden Folgekosten in der Haushaltsplanung berücksichtigt.
Eine gesonderte Stellungnahme der GPA zu Einzelprojekten wurde nicht eingeholt.

2. Wie hoch sind die Folgekosten für den städtischen Haushalt ab Beginn der Fertigstellung?

Antwort Frage 2:

Die Folgekosten werden im Anschluss an die Fertigstellung des Neubaus jeweils in der entsprechenden Höhe in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

3. Sind diese Kosten bereits vollumfänglich in der Mittelfristplanung der Stadt eingeplant?
4. Wie hoch sind die Kosten für Instandhaltung und Unterhalt für das aktuelle Gebäude der HBG

Antwort Frage 3 und 4:

Die Kosten der Bewirtschaftung werden mit 2,3 % der Anschaffungskosten sowie Instandhaltung mit 1,2 % der Anschaffungskosten veranschlagt.

Die SPD-Fraktion beantragt den Beschlussentwurf um einen den zweiten Beschlusspunkt „2. dem SchulA in seiner nächsten Sitzung eine aktuelle Kostenprognose vorzulegen, verbunden

mit der Ausweisung eines Risikobudgets unter Einbeziehung der Kostengruppen 600 und 700.“

zu erweitern.

RM Schumacher

Was mich irritiert an dem Vorschlag ist, dass man sich die ganze Zeit auf einen Generalunternehmer fokussiert. Erstmal um keinen Vergabeverstoß zu begehen und auch keinen Verstoß gegen fairen Wettbewerb zu begehen, muss da erstmals eine Verhältnismäßigkeitsabwägung stattfinden. Das muss gut begründet sein, warum es einen Generalunternehmer gibt. Ich persönlich bin kein Freund davon, wenn man sich die Zahlen anschaut. Wir haben in Deutschland ungefähr 75.000 Unternehmen im Bauhauptgewerbe, weniger als 50 Unternehmen davon sind in der Lage als Generalunternehmer aufzutreten. Es ist offensichtlich, eine Vergabe an einen Generalunternehmer ist nicht gerade mittelstandsfreundlich. Dementsprechend werde ich einen weitergehenden Antrag stellen. Ich nehme den Antrag, den sie vorgeschlagen haben an, mit der Ergänzung: „Der Rat beauftragt die Verwaltung den Neubau der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merten, wie in der Präsentation dargestellt, fortzusetzen, unter der Bedingung, dass eine den Vorgaben der Vergabeordnung entsprechende Markterkundung durchzuführen ist, mit dem Ziel einer Verhältnismäßigkeitsprüfung einer Vergabe an Generalunternehmer im Vergleich zur Vergabe nach einzelnen Gewerken.“

RM Schumacher regt an, dass die RM die Auswirkungen auf die Hebesätze dargestellt bekommen, analog der Vorlage, die Herr Cugaly für das Hallenfreizeitbad gefertigt hat.

Antwort:

Sie wissen, dass das kaum möglich ist, weil es da eine Vielzahl von Faktoren gibt, die bei den Hebesätzen eine Rolle spielen, die sind so auf ein einzelnes Projekt nicht zurückzuführen.

Die Gesichtspunkte, die sie angesprochen haben, können vom Vergaberecht dargestellt werden. Das machen wir immer wieder. Auch im Fall, als wir den Generalplaner beauftragt haben, wurde das ausführlich geprüft. Vorgabe des Vergaberechts ist, dass man gewerkeweise vergibt, aber es werden so viele Generalunternehmerverträge und Planerverträge geschlossen. Das bietet auf der anderen Seite viele Vorteile, eine größere Zeitkontrolle und größere Kostenkontrolle. Es ist eine Gratwanderung. Eine gewerkeweise Vergabe der Bauleistungen für die Schule verursacht einen erheblich größeren Koordinierungsaufwand, als wenn man den Generalunternehmer im Zusammenwirken mit dem Projektsteuerer kontrolliert und beaufsichtigt. Das ist eine sehr komplexe Entscheidung. Es gibt viele Argumente die dafür- und dagegensprechen. Man wird das sorgsam abwägen und ist abhängig von der Leistungsfähigkeit des Bauamtes. Es ist nicht alleine durch eine Markterkundung zu überprüfen, dazu sind die internen Verhältnisse ganz mitentscheidend.

RM Koch regt an, ob die Stadt einen Vorschlag machen kann, eine Art Lenkungsausschuss einzurichten, in dem dann die entsprechenden Stakeholder, Vertreter der Schule, politische Vertreter etc. sind, um dann dort diese Themen zu besprechen, damit der Schula sich primär um schulische und pädagogische Belange kümmern kann und nicht nur noch um Kosten.

RM Dr. von Canstein regt an, nicht im Schula sondern im Halbjahresbericht des Bürgermeisters über die Kostenentwicklung zu berichten.

RM Schumacher beantragt, dass der Fachvortrag zum Neubau der HBG aus dem Schula den RM zur Verfügung gestellt wird.

RM Züge regt an, im nächsten Schula, eine komplette Übersicht über alle Kostengruppen, Risikozuschläge und auch den voraussichtlichen lfd. Kosten, die zu prognostizieren sind, vorzulegen (Gesamtüberblick). Dann im Halbjahresbericht über die weitere Entwicklung über die Kosten zu berichten.

RM Hanft nimmt die Anregung des RM Dr. von Canstein und des RM Züge mit in seinen Antrag der SPD-Fraktion auf.

Über den Antrag des RM Schumacher,
„Der Rat beauftragt die Verwaltung den Neubau der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merten, wie in der Präsentation dargestellt, fortzusetzen, unter der Bedingung, dass eine den Vorgaben der Vergabeordnung entsprechende Markterkundung durchzuführen ist, mit dem Ziel einer Verhältnismäßigkeitsprüfung einer Vergabe an Generalunternehmer im Vergleich zur Vergabe nach einzelnen Gewerken“,
wurde nicht abgestimmt, weil der Bürgermeister den Beschlussentwurf der Verwaltung mit den Ergänzungen der SPD-Fraktion als weitergehenden Antrag sieht.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung

1. den Neubau der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merten wie in der Präsentation dargestellt fortzusetzen.
2. in der nächsten Sitzung des Schulausschusses eine umfassende Kostenprognose vorzulegen, inklusive eines Risikozuschlags und zusätzlich halbjährlich im Rat über

die Kostenentwicklung zu berichten

- mehrheitlich beschlossen -

Abstimmungsergebnis:

- 40 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, Lehmann, BM)
2 Stimmen gegen den Beschluss (ABB, Schumacher)
0 Stimmenthaltungen

6	Kooperationsvereinbarung Rheingärten	448/2023-12
----------	---	--------------------

RM Prinz

1. Weshalb wurde die Wiese des Fischervereins herausgenommen?

Antwort:

Die Kooperationsvereinbarung und die Leistungsbeschreibung sind zunächst innerhalb der Verwaltung abgestimmt worden. Es gab Überlegungen bezüglich der Wiese, die nicht Bestandteil des Masterplans war, sondern nur der unbefestigte Parkplatz war Bestandteil des Masterplans. Diese Wiese hat noch ein gewisses Betrachtungspotenzial und es bestehen keine Bedenken diese Flächen mit aufzunehmen. Insofern ist das unkritisch, dies mit Bonn so abzustimmen.

2. Müsste die Bebauung entlang des Engländerweges auf Bornheimer Seite nicht auch ausgegrenzt werden?

Antwort:

Die Bebauung Engländerweg ist nicht Gegenstand der Planung, weil es sich um eine Freiraumplanung handelt, da gehört Wohnbebauung genauso wenig zu wie die Kläranlage. Das ist eine Darstellungsfrage, ob die Abgrenzung des Plangebietes noch um die Bebauung herum machen, damit das deutlich ausgeschlossen ist. Das wird nicht auf Widerstände stoßen. Das kann gemacht werden. Vom Ansatz her ist das klar. Es wurde klar gegenüber den Bonnern kommuniziert, dass wir die Landwirtschaft mitnehmen wollen und auch denen Möglichkeiten anbieten sollen, im Rahmen dieses Planungsprojekts ihren eigenen Nährwert daraus zu ziehen. Gegen Redaktionelle Ergänzungen bestehen keine Bedenken.

Kooperationsvereinbarung:
Synopse Änderungsvorschlag

Alt Mit dem Projekt zielen die Projektpartnerinnen auf die Sicherung und gemeinsame Entwicklung der Freiraumqualitäten der landwirtschaftlich genutzten Flächen zwischen Bonn (Buschdorf, Auerberg, Graurheindorf) und Bornheim-Hersel im Sinne der Klimaanpassung, des Landschaftsschutzes, der Landwirtschaft/Ernährungssicherung und der Naherholung ab.	Neu Mit dem Projekt zielen die Projektpartnerinnen auf die Sicherung und gemeinsame Entwicklung der Freiraumqualitäten unter größtmöglichen Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Flächen zwischen Bonn (Buschdorf, Auerberg, Graurheindorf) und Bornheim-Hersel im Sinne der Klimaanpassung, des Landschaftsschutzes der lokalen Landwirtschaft/Ernährungssicherung und der Naherholung ab.
---	--

RM Reile bittet das Wort „größtmöglichen“ Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Fläche einzufügen.

Leistungsbeschreibung

Synopse Änderungsvorschlag

Alt <u>Planungsauftrag</u> Der Auftrag umfasst die Erstellung eines gemeinsamen Planungskonzeptes der Städte Bornheim und Bonn in den Leistungsphasen 1 und 2 (nach HOAI). Das Konzept dient der Vorbereitung eines Förderantrages für die vertiefende Planung und Umsetzung zur Entwicklung und Qualifizierung der genannten Freiräume im Sinne des Klimaschutzes, der Biodiversität und der Naherholung unter besondere Beachtung der naturschutzrechtlichen Belange und derer der Landwirtschaft.	Neu <u>Planungsauftrag</u> Der Auftrag umfasst die Erstellung eines gemeinsamen Planungskonzeptes der Städte Bornheim und Bonn in den Leistungsphasen 1 und 2 (nach HOAI). Das Konzept dient der Vorbereitung eines Förderantrages für die vertiefende Planung und Umsetzung zur Entwicklung und Qualifizierung der genannten Freiräume im Sinne des Erhalts der produktiven landwirtschaftlichen Flächen und ihrer Belange, des Klimaschutzes, der Biodiversität sowie der Naherholung unter besondere Beachtung der naturschutzrechtlichen Belange .
--	--

Beschluss:

Der Rat,

1. beschließt die Entscheidung über den Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Bonn über die Entwicklung des Projekts "Rheingärten" gemäß § 2 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bornheim an sich zu ziehen und
2. beauftrag die Verwaltung, die dem Sachverhalt beigelegte Kooperationsvereinbarung nebst Leistungsbeschreibung (einschließlich der unten aufgeführten Änderungen) mit der Stadt Bonn abzuschließen.

Änderungen:

Kooperationsvereinbarung:

Alt Mit dem Projekt zielen die Projektpartnerinnen auf die Sicherung und gemeinsame Entwicklung der Freiraumqualitäten der landwirtschaftlich genutzten Flächen zwischen Bonn (Buschdorf, Auerberg, Graurheindorf) und Bornheim-Hersel im Sinne der Klimaanpassung, des Landschaftsschutzes, der Landwirtschaft/Ernährungssicherung und der Naherholung ab.	Neu Mit dem Projekt zielen die Projektpartnerinnen auf die Sicherung und gemeinsame Entwicklung der Freiraumqualitäten unter größtmöglichen Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Flächen zwischen Bonn (Buschdorf, Auerberg, Graurheindorf) und Bornheim-Hersel im Sinne der Klimaanpassung, des Landschaftsschutzes der lokalen Landwirtschaft/Ernährungssicherung und der Naherholung ab.
--	---

Leistungsbeschreibung

Alt <u>Planungsauftrag</u> Der Auftrag umfasst die Erstellung eines gemeinsamen Planungskonzeptes der Städte Bornheim und Bonn in den Leistungsphasen 1 und 2 (nach HOAI). Das Konzept dient der Vorbereitung eines Förderantrages für die vertiefende Planung und Umsetzung zur Entwicklung und Qualifizierung der genannten Freiräume im Sinne des Klimaschutzes, der Biodiversität	Neu <u>Planungsauftrag</u> Der Auftrag umfasst die Erstellung eines gemeinsamen Planungskonzeptes der Städte Bornheim und Bonn in den Leistungsphasen 1 und 2 (nach HOAI). Das Konzept dient der Vorbereitung eines Förderantrages für die vertiefende Planung und Umsetzung zur Entwicklung und Qualifizierung der genannten Freiräume im Sinne des Erhalts der produktiven
---	---

und der Naherholung unter besondere Beachtung der naturschutzrechtlichen Belange und derer der Landwirtschaft.	landwirtschaftlichen Flächen und ihrer Belange, des Klimaschutzes, der Biodiversität sowie der Naherholung unter besondere Beachtung der naturschutzrechtlichen Belange .
--	---

- Einstimmig -

7	Anpassung der Finanzierung im Offenen Ganzttag	432/2023-13
----------	---	--------------------

Beschluss:

1. Der Rat beschließt den kommunalen Zuschuss für einen OGS-Platz ab dem Schuljahr 2023/2024 auf 105 € mtl. zu erhöhen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Ergebnisse einer gemeinsamen Strategie im Rahmen der Qualitätsentwicklung in den Offenen Ganztagschulen bis zum 31.03.2024 dem Ausschuss vorzustellen.

- Einstimmig -

8	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich Rat, öffentl.)	403/2023-1
----------	--	-------------------

RM Koch betr. Einrichtung einer neuen Sammelunterkunft, Hexenweg
Wenn ein Beschluss mehrere Punkte umfasst, kann die Antwort dann zukünftiger detaillierter dargestellt werden?

Antwort:

Wird aufgenommen.

- Kenntnis genommen -

9	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	446/2023-1
----------	---	-------------------

Mündliche Mitteilungen

Keine.

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Von der Sitzungsvorlage-Nr. 446/2023-1 Kenntnis genommen.

- Kenntnis genommen -

10	Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.07.2023 betr. Beseitigung der Schäden des Starkregenereignisses vom 14./15.07.2021	449/2023-9
-----------	---	-------------------

RM Hanft

1. betr. weitere Aktivitäten von Stadt und Wasserverband Südliches Vorgebirge
Ablauf seitens des Wasserverbandes Südl. Vorgebirge problematisch, bisher kein Ingenieurbüro zur Detailplanung gefunden
Was kann da hinsichtlich einer Beschleunigung geleistet werden?
2. betr. Maßnahmen der Stadt ist es gelungen ein solches Büro zu bekommen.
Warum hat man das möglicherweise nicht zusammen gemacht?

Antwort:

065/2023

Seite 8 von 10

Organisatorische Fragestellungen spielen dabei eine Rolle.

Wasserbauliche Maßnahmen unterscheiden sich in ihrer Art der Ausführung aus ingenieurmäßige Betrachtung deutlich von straßenbaulichen Aktivitäten. Es gibt Überschneidungen.

Die Anforderungen des Wasserverbandes sind andere als beim Tiefbau bestehen. Die Teilung der Aufgabenstellung wurde als richtig empfunden und auch die Anträge auf Förderung wurden gesondert gestellt.

3. Gibt es Vorstellungen darüber, wenn diese Maßnahmen tatsächlich zur Ausführung gelangen, was die personelle Ausstattung des Verbandes angeht und wäre es denkbar, möglicherweise auf andere Aufgabenausführungen, z.B. SBB, zurückzukommen?

Antwort:

Der SBB wird nicht in der Lage gesehen, weitergehende Leistungen zu erbringen. Die Frage wird nochmals in die Verbandssitzung mitgenommen, um dort über die personelle Ausstattung zu sprechen.

RM Ute Krüger

Was gibt es für aktuelle Entwicklungen am Schwadorfer Kreuz?

Antwort:

Das Planungsbüro Fischer hat einen ersten Entwurf fertiggestellt. Dabei geht es um die Umleitung des Oberflächenwassers, was seinerzeit aus der Domäne Walberberg runtergekommen ist. Sobald die Pläne vorliegen, werden diese vorgestellt.

Der Planungsstand, was die Kanalisation in der Schwadorfer Str., unabhängig von den Starkregenereignissen, angeht, wird nachgereicht.

- Kenntnis genommen -

11	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

RM Ute Krüger betr. Haltestelle Linie 18, Walberber, Parkplätze stehen unter Wasser

In den letzten 3 Monaten hat sich nichts getan.

Kann für Abhilfe gesorgt werden?

Antwort:

Wird geprüft.

RM Schumacher betr. Übersicht über die Standorte, die es in Bornheim gibt

1. Wann bekommt der Rat die Übersicht über Standorte der Unterkünfte, die es in Bornheim gibt?

Antwort:

Die Aufstellung der Unterkünfte können den RM zur Verfügung gestellt werden.

2. betr. Flüchtlinge, die Probleme mit anderen Nationalitäten/Religionen haben
Wenn das offenbar wird, an welche Behörden geben sie das weiter?

Antwort:

Das hängt sehr vom einzelnen Vorfall ab.

3. Wie viele Vorfälle gab es da in der Vergangenheit und an welche Stellen ist das im Konkreten gemeldet worden?

Antwort:

Was möchten sie mit der Frage rausfinden. Möchten Sie die häusliche Gewalt grundsätzlich in Bornheim in den Blick nehmen?

RM Schumacher

Ich möchte in den Blick nehmen, ob das, was sie vorgetragen haben, dass es Probleme gab, dass die dann weiter gemeldet werden.

Antwort:

Darum kümmert sich die Verwaltung. Es wird geprüft, ob wir diese Vorfälle und die Stellen, an die die Vorfälle gemeldet wurden, mitteilen können.

RM Montenarh

1. betr. Ecke Limburger Gasse/Buschgasse ist eine Laterne seit Jahren zugewachsen. Wie geht es da weiter, warum müssen 2 Personen mit einem Hubsteiger kommen, sich den Sachverhalt anschauen und können die Laterne nicht von dem Bewuchs befreien?

Antwort:

Wird geprüft.

2. betr. Walberberg, Wärmepumpen stehen extrem im Straßenbereich, z.B. Limburger Gasse steht eine Wärmepumpe, die ist mit Pollern abgesichert, Dominikaner Str./Hauptstr.
Kann geprüft werden, ob die Wärmepumpen ordnungsgemäß aufgestellt wurden und wenn nein, was unternimmt die Stadt?

Antwort:

Es wird geprüft.

3. betr. gesendete Bilder Dominikaner Kloster, Schutthalde, die verbuddelt wurde, Gras ist darüber gewachsen
Ist dort etwas unternommen worden?

Antwort:

Wird geprüft. Der Bürgermeister bittet darum, die Bilder der Verwaltung nochmals zukommen zu lassen.

RM Reile betr. Siegesstraße, Radschnellweg, Überquerung ist noch abgesichert
Ist geplant, dass die 2 Schwellen zurückgebaut werden, nach Beendigung der Baustelle?

Antwort:

Die Verkehrsbehörde hat nach Beobachtung in der Fertigstellung der Baustelle ein unakzeptables Verkehrsgeschwindigkeitsverhalten der Mehrzahl der Fahrzeuge festgestellt und dieses als Sicherungsmaßnahme gewählt, um hier die besonderen hohen Sicherheitsanforderungen zu den vermehrten Radfahrern, die erwartet werden, und den vielen älteren Personen, die dort spazieren gehen, zu gewährleisten. Die Maßnahme wird weiter beobachtet und dieses beinhaltet auch nach einer Neubewertung den Rückbau bzw. Teilrückbau der Schwellen. Hauptziel ist es, dass die 30 km/h weitestgehend eingehalten werden. Sobald das gewährleistet ist, können die Elemente abgebaut werden.

2. Durch die Erhebung besteht für die Anwohner auch bei langsamen Überfahren eine enorme Lärmbelästigung.

Ende der Sitzung: 21:36 Uhr

gez. Christoph Becker
Bürgermeister

gez. Alexandra Pieper
Schriftführung